

NEWSLETTER

März / April 2016

Nebahat Güçlü

Mitglied der
Hamburgischen
Bürgerschaft



WICHTIGE THEMEN AUS DER BÜRGERSCHAFT

- **Ein umfassendes Demografiekonzept muss auch „vielfältiger“ sein!**

Am 3. März 2016 beschäftigte sich die Hamburger Bürgerschaft mit dem Thema Demografie. Gegenstand der Debatte war das Konzept des Senats: „Hamburg 2030: Mehr. Älter. Vielfältiger.“ Es ist sehr zu begrüßen, denn der Titel des Konzepts deutet an, dass sich der Senat eine Querschnittsaufgabe gestellt hat. In der Debatte wurde viel über das „Älter“ des Konzepts gesprochen, was wichtig ist, es geht um Pflege und um Versorgung von Seniorinnen und Senioren. Allerdings wurde darüber leider das „Vielfältiger“ vergessen. Ein Konzept aber, dass sich nicht ausführlich mit dem „Vielfältiger“ beschäftigt – und somit mit Themen wie Integration durch Schule, Ausbildung und Arbeit für Menschen mit Migrationshintergrund, mit Themen wie Veränderung der Familie, dem damit einhergehenden Wandel von Versorgungsstrukturen, mit dem steigenden Anteil von Alleinerziehenden, damit auch mit dem Thema Armut – ein solches Konzept greift zu kurz. Deswegen bin ich der LINKEN dankbar, dass sie sich in einem Antrag genau dieser Themen angenommen hat, auch wenn der Antrag nicht angenommen wurde.

- **In der medizinischen Flüchtlingsversorgung steht Hamburg zum großen Teil gut da.**

Am 30. März 2016 tagte der Sozialausschuss zusammen mit dem Gesundheitsausschuss. Der Senat erläuterte die gesundheitliche und medizinische Versorgung in den Erst- und Folgeaufnahmen. Demnach ist in allen Unterbringungen eine Basisberatung und -versorgung in medizinischen Belangen stundenweise gegeben – auf der Grundlage der ehrenamtlichen Arbeit von Ärztinnen und Ärzten sowie Hebammen. Nicht ganz zufriedenstellend ist die Abdeckung einer kinderärztlichen Versorgung. Ziel des Senats ist es, die Flüchtlinge schnell in die Regelsysteme zu integrieren. So dauert es nach Angaben von Senatsvertretern höchstens 4 Wochen bis die Flüchtlinge ihre Gesundheitskarte erhielten, mit der sie dann, wie jeder andere auch, zum Arzt gehen könnten. Eine Lotsenfunktion für die Flüchtlinge übernimmt dabei zum Beispiel das von der Sozialbehörde unterstützte Projekt MiMi – Mit Migranten für Migranten, das das Wissen von Migrantinnen und Migranten über Gesundheit und die Nutzung des deutschen Gesundheitssystems verbessern will. Durch die Diskussion wurde deutlich, dass Hamburg in dem Punkt recht gut aufgestellt ist, weswegen u.a. der CDU-Antrag als auch der sehr differenzierte Antrag der LINKEN abgelehnt wurden.

Des Weiteren wurde in der Sitzung ein Einblick in das Arbeitsmarktprojekt W.I.R. gegeben, das vor knapp 8 Monaten gestartet wurde. W.I.R., das für „work and integration for refugees“ steht und unter anderem von der Behörde für Soziales, Arbeit und Integration, der Arbeitsagentur und dem Jobcenter team.arbeit.hamburg getragen wird, hat 24 Stellen – von denen aus knapp 1400 Verweisberatungen und ca. 1400 berufsbezogene Beratungen stattgefunden haben. Dabei finden oft schon vor Ort in den Einrichtungen eine Lebenslagen-Beratung und die Feststellung von mitgebrachten Qualifikationen statt. Die beratenen Flüchtlinge kamen in erster Linie aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, waren zum überwiegenden Teil unter 50 Jahre und verfügten zu 65% über eine Ausbildung, zu 25% über eine Schulbildung von mehr als 11 Jahren und 20% über eine mehr als 10jährige Berufserfahrung.

- **Flüchtlings-Finanzspritze macht Kahlschlag bei Offener Kinder- und Jugendarbeit nicht wieder wett.**

Am 31. März 2016 tagte die Bürgerschaft erneut. Integration von jungen Flüchtlingen in die Offene Kinder- und Jugendarbeit war einer der Debattenpunkte: SPD und Grüne führten aus, dass in 2016 und in 2017 jeweils 1 Millionen Euro auf die Bezirke verteilt werden, für Aufwendungen in Soziales, Jugend und Gesundheit. Ziel soll sein, die Regelangebote für junge Flüchtlinge auszubauen. Die Regelangebote für alle zu öffnen, hat meine volle Unterstützung, aber natürlich muss man sagen, dass das angekündigte Geld nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist. Die offene

Kinder- und Jugendarbeit ist dramatisch unterfinanziert und den Kahlschlag in dem Bereich hat selbst der ehemalige Sozialsenator Scheele bei seinem Weggang als Fehler benannt.

- **Jugend in Deutschland erfreulich optimistisch: Ergebnisse der SHELL-Jugendstudie:**

Im Familien-, Kinder- und Jugendausschuss war am 15. April 2016 die Shell-Jugendstudie auf der Tagesordnung. Die Studie, die alle 5 Jahre erhoben wird, hat interessante Ergebnisse: So ist festzuhalten, dass die Jugendlichen im Vergleich zu 2010 deutlich positiver in ihre Zukunft blicken, die WissenschaftlerInnen sprechen in diesem Zusammenhang von einer Trendwende. Die Jugendlichen schauen pragmatisch auf ihre Möglichkeiten. Dabei sind sie besonders an einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf interessiert und entscheiden sich im Zweifel für die (Gründung einer) Familie und stellen Karrierewünsche dafür hintenan. Die Generation ist durchaus politisch engagiert, aber nicht in klassischen Strukturen wie Parteien, sondern eher in themenspezifischen Organisationen. In der Tendenz kann man sagen, dass die Angst vor Fremdenfeindlichkeit die Jugendlichen mehr umtreibt als eine Angst vor Zuwanderung. Indes wächst der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Problemlagen für Jugendliche werden aber nicht aus ihrer ethnischen Herkunft, sondern aus ihrer sozialen Lage bestimmt. Wo berufliche Integration funktioniert, erledigen sich auch viele Probleme von Jugendlichen. Ausschussintern wurde kritisiert, dass die Studie Probleme wie Jugendarmut komplett ausgeblendet hat. Ich finde den Vorwurf der „Schönfärberei“ zu überspitzt. Diese Jugendstudie kann die Situation der Jugend in Deutschland nicht komplett und allein beschreiben, aber sie liefert ein Barometer über die Stimmungen und Haltungen von jungen Leuten und stimmt in dieser Hinsicht durchaus positiv.

- **Auch wenn die AfD das nicht wahrhaben will: Das Demonstrationsrecht gilt in einer Demokratie für jeden!**

Auf Antrag der AfD befasste sich die Bürgerschaft am 13. April 2016 in der Aktuellen Stunde mit einer zuvor stattgefundenen Kundgebung von Demonstranten türkischer Herkunft. Der AfD-Tenor war, dass innertürkische Konflikte nach Deutschland importiert werden und hier durch ein massives Polizeiaufgebot begleitet werden müssen. In der Debatte war schnell klar, dass die AfD im Grunde in Abrede stellt, dass in Deutschland für jeden in gleichem Maße die Grundrechte gelten. Bei den anderen Fraktionen der Bürgerschaft herrschte indes Einigkeit darüber, dass in Deutschland das demokratische Recht besteht, gewaltfrei auf

Demonstrationen seine Meinung kundzutun. Die genannte Demonstration lief ohne Gewalt ab. Man muss nicht die Meinung derjenigen teilen, die das Recht nutzen, zu demonstrieren, aber genau ist das Wesen der Demokratie: Dass andere Menschen die Freiheit haben, ihre politische Meinung kundzutun, die einem selber nicht gefällt. Das im Übrigen ist auch meine Haltung zu sogenannten Causa Böhmermann, die zu dem Zeitpunkt akut war: In der Sache geschmacklos – aber auch Satire, die einem nicht gefällt, muss man in einer Demokratie aushalten und sollte kein Anlass sein, eine Strafanzeige zu stellen.

An dieser Stelle seien nur kurz die widerwärtigen Einlassungen des ehemaligen AfD-Fraktionsmitglieds Dr. Ludwig Flocken in der Bürgerschaftssitzung vom 27. April 2016 erwähnt. Zu Recht ist er für seine islamophoben und menschenverachtenden Worte und wegen des bewussten Ignorierens des parlamentarischen Sprachgebrauchs vom Präsidium von der Sitzung ausgeschlossen worden.

- **Es geht nicht nur gegen Christen. Konfliktlinien in Flüchtlingsunterkünften sind vielfältig:**

Ebenfalls am 13. April 2016 wurde in der Bürgerschaft ein Antrag der CDU diskutiert, der „Christen und andere Minderheit unter den Flüchtlingen besser schützen“ will. Tatsächlich ist aktenkundig, dass es tätliche Auseinandersetzungen wegen des christlichen Glaubens von BewohnerInnen gab. Dass sich Konflikte strukturell an Religionszugehörigkeit entzünden, spiegelt allerdings nicht die Realität in Flüchtlingsunterkünften wider. Vielmehr ist die Stimmung bei den BewohnerInnen grundsätzlich angespannt bis explosiv, wenn sie nach wochenlanger Flucht mit unverarbeiteten Traumata auf engstem Raum und zu oft mit mangelnder Perspektive miteinander leben. Für besonders gefährdete Gruppen wie allein geflüchtete Frauen und LSBTI* gibt es inzwischen besondere Unterkünfte. Und für alle ist es wichtig, wie schon beschlossen, dass ihnen gewisse Werte, wie die Gleichheit von Mann und Frau, Toleranz und demokratische Gesellschaftsstrukturen nahe gebracht werden.

- **Wir sind in der Pflicht! Großsiedlungen versus Unterbringung nach Vorstellung der Volksinitiative:**

Am zweiten Tag der Doppelsitzung der Bürgerschaft am 14. April 2016 war das vorherrschende Thema der letzten Monate erneut auf der Tagesordnung: Die Unterbringung der Flüchtlinge, die nach Hamburg kommen. Dabei unterstützt unter anderem die CDU die Volksinitiative, die mit ihrer Forderung nach dezentraler Unterbringung in kleinen Einheiten

erfolgreich die erste Hürde Richtung Volksentscheid genommen hat. Die Regierungsfractionen derweil suchen weiter den Konsens mit der Volksinitiative, wollen Standorte verkleinern und legten dar, dass viele Standorte gar nicht mehr eröffnet werden, da seit Anfang diesen Jahres viel weniger Flüchtlinge nach Hamburg gekommen sind. Auch ich glaube, dass die Volksinitiative es sich zu einfach macht mit ihrer Maximalforderung: Hamburg hat die Pflicht, die Flüchtlinge unterzubringen, das steht an erster Stelle. Wenn wir über eine Verteilung sprechen, wäre es aus meiner Sicht wünschenswert, dass es gerechter zugeht, dass Unterkünfte nicht nur in ohnehin schon besonders in Anspruch genommenen Stadtteilen, sondern auch in wohlsituierten Gegenden errichtet werden.

Angenommen wurde auch ein Antrag zu einem Koordinationszentrum für die „Beratung und Behandlung von Folteropfern und traumatisierten Flüchtlingen“. Die medizinische und psychologische Betreuung von Flüchtlingen, war bereits mehrfach Gegenstand im Sozialausschuss, so dass ich nur sagen kann: Endlich ist es auf den Weg gebracht, dass Flüchtlinge, die oft mit extremen Erfahrungen zu kämpfen haben, eine erste adäquate psychologische Betreuung zu Teil wird!

- **Hamburg setzt sich für qualifizierte ausländische Studierende ein!**

Ebenfalls erfreulich ist der beschlossene Vorstoß Hamburgs beim Bundesrat, Möglichkeiten für ausländische Studierende zu erweitern. Ist es bislang so, dass ausländische Studierende in der Regel ihren Aufenthaltstitel verlieren, wenn sie das Studium abbrechen, um einen Ausbildungsplatz oder einen anderen Studienplatz anzunehmen, will Hamburg sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass ausländische Studierende, sofern sie ihr Studium mindestens ein Jahr betrieben haben und einen Ausbildungsplatz oder einen neuen Studienplatz nachweisen können, einmalig wechseln können, ohne ihren Aufenthaltstitel zu verlieren. Diese Initiative ist absolut sinnvoll, um gut ausgebildeten und motivierten jungen Menschen in Deutschland Perspektiven zu geben!